

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1925**

21.12.1925 (No. 296)

# Karlsruher Zeitung

## Badischer Staatsanzeiger

Erpedition:  
Karlsruher-  
Str. Nr. 14.  
Verantwortl.  
Nr. 953  
und 964  
Verlagskonto  
Karlsruhe  
Nr. 3515

Verantwortlich  
für den  
redaktionellen  
Teil  
und den  
Staatsanzeiger:  
Chefredakteur  
C. Klenz,  
Karlsruhe.

Bezugspreis: Monatlich 2.— Goldmark einschließlich Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Goldpfennig. — Samstag 15 Goldpfennig. — Anzeigengebühr 14 Goldpfennig für 1 mm Höhe und ein Zentimeter Breite viele und Gelder frei. Bei Wiederholungen tariflicher Rabatt, der als Rosenblatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind nicht an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstr. 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Lagerhaltung, zwangsweise Verbreitung, und Konsumverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen anderer, für die der Inhaber keine Haftung, falls die Zeitung verfehlt, in der druckreifen Umfassung oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unsrangige Druckarbeiten und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsfrist erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandbuchsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags

### Amtlicher Teil

#### Die Lage des Arbeitsmarkts

Die Verschlechterung des Arbeitsmarkts hat auch in der Berichtswochen (10. bis 16. Dezember) weiterhin angehalten. Wenn sie auch nicht im selben Maße wie in der Vorwoche zugenommen hat, so ist trotzdem die ungünstige Tendenz ganz ununterbrochen. So ist die Arbeitsuchendenziffer von insgesamt 49 253 am 9. Dezember auf 54 876 am 16. Dezember gestiegen, demgegenüber war die Zunahme der gemeldeten offenen Plätze von insgesamt 1134 auf 1190 bedeutungslos. Die Verschlechterung wirkte sich auch jetzt wieder weit stärker auf den männlichen als auf den weiblichen Arbeitsmarkt aus. Ist auf letzterem die Andrangsziffer (das Verhältnis der Zahl der Stellen suchenden zur Zahl je 100 gemeldeter offener Plätze) immerhin nur von 1503 auf 1521 gestiegen, so nahmen die entsprechenden Ziffern beim männlichen Arbeitsmarkt von 8356 auf rund 9168 zu. Insgesamt kamen am 16. Dezember auf 100 offene Plätze rund 4612 Arbeitsuchende gegenüber rund 4343 vom 9. Dezember.

Mit der Verschlechterung des Arbeitsmarktes ist die Erwerbslosenziffer gestiegen. Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger hat im Lande Baden von 32 301 am 9. Dezember auf 38 509 am 16. Dezember zugenommen. Eine Besserung ist noch nicht abzusehen, vielmehr muß mit weiterer Verschlechterung in verschiedenen Berufsgruppen gerechnet werden.

In der Ziegeleiindustrie wurde wiederum zu Betriebs Einschränkungen geschritten, u. a. hat eine Dampfziegelei die Schließung ihres 100 Arbeiter beschäftigenden Betriebs beantragt.

Die Verschlechterung in der Metallindustrie hat sich weiter ausgedehnt. Verschiedene Firmen dieser Berufsgruppe haben Entlassungen, Werksbeurlaubungen und Kurzarbeit durchgeführt. Stilllegungen u. Entlassungen stehen ferner noch bevor. In der Hofscheider Schmutzwarenindustrie arbeiten 3. St. 20 000 Personen mit Arbeitszeitverkürzung. In der Schwarzwälder Uhrenindustrie sind jetzt einige Fabriken ganz geschlossen, eine Anzahl mittlerer und kleinerer Betriebe sah sich zu beträchtlichen Arbeiterentlassungen genötigt. Kürzung der Arbeitszeit ist fast überall, zum Teil sogar bis zu 24 Stunden eingeführt, ein großer dreiwöchentlicher Werksurlaub steht bevor.

In der chemischen Industrie konnten zwar jüngere weibliche Arbeitskräfte in der Reichgummifabrikation untergebracht werden, sonst veränderte sich die zur Verschlechterung neigende Lage nicht.

Aus Papier- und Lederindustrie wurde über Verschlechterung des Arbeitsmarkts berichtet.

Sogar aus der im allgemeinen günstig beschäftigten Textilindustrie wurde über Einführung von Kurzarbeit in einer Fabrik berichtet, eine andere sah sich genötigt, österreichische Arbeitskräfte zu entlassen, die Textilindustrie dagegen erwies sich weiter aufnahmefähig.

Die Verschlechterung im Holzgewerbe hält unvermindert an. Schwarzwälder Holzwerke klagen über schlechten Geschäftsgang, in der Möbelfabrikation wird zum Teil verkürzt gearbeitet, auch eine Orgelfabrik mußte nunmehr zu Kurzarbeit und Entlassungen schreiten.

In der Zigarren- und Tabakverarbeitenden-Industrie hat sich der Arbeitsmarkt verschlechtert, man rechnet mit Werksbeurlaubungen größeren Ausmaßes für die Zeit nach den Feiertagen.

In der Zuckerwarenindustrie wurden teils Einstellungen in geringem Umfang vorgenommen, teils wurde zu Werksbeurlaubungen (Schokoladen- und Keksfabrikation) geschritten.

Im Bekleidungsgebiete blieb der Arbeitsmarkt verhältnismäßig recht ruhig, auch hier wurde Arbeitszeitverkürzung registriert, speziell in der Schuhfabrikation, während im Feisergewerbe der gute Beschäftigungsgang anhält.

Gut beschäftigt war im allgemeinen auch noch das Veredelungsgewerbe.

Im Fremdenverkehr führte die Eröffnung mehrerer Hotels an Winterportplätzen wenigstens örtlich zu einem wenn auch nicht beträchtlichen Rückgang der Andrangsziffer.

### Der Reichsetat für 1926

In der Samstag-Sitzung des Reichsrats wurde der von der Regierung vorgelegte Haushaltsplan für 1926 angenommen.

Der Haushaltsplan hält — wie Ministerialdirektor Sachs mitteilte — in Einnahmen u. Ausgaben mit 7,7 Milliarden M das Gleichgewicht und wird voraussichtlich den Gesamtausgabenbedarf für 1926 nicht überschreiten, wiewohl sich die aus dem Haushaltsplan zu befreienden Reparationslasten für das Rechnungsjahr 1926 um 900 Millionen Reichsmark gesteigert haben. Die Reichsregierung vertritt die Auffassung, daß die Unterbringung einer Anleihe auch im Rechnungsjahre 1926 noch nicht möglich sein würde.

An Einnahmen sind eingestellt aus Besitz- und Verkehrssteuern 4,8 Milliarden M (100 Millionen weniger als im Vorjahre). Die Einnahmen aus Einkommen- und Körperschaftsteuern sind mit 2350 Millionen M gleich hoch veranschlagt wie im Vorjahre. Die Umsatzeinnahmen sind mit 1850 Millionen M, um 80 Millionen M niedriger veranschlagt als im Vorjahre. Die Ueberweisungen für Länder und Gemeinden bleiben mit 2337 Millionen M um 149 Millionen M gegenüber den voraussichtlichen Ueberweisungen für 1925 zurück. Der Einnahmehaus für Zölle und Verbrauchssteuern übersteigt mit 2 Milliarden M den vorjährigen Ansatz um 141 Millionen.

Als Zuschuß der Deutschen Reichspost zu den allgemeinen Reichsausgaben ist ein Betrag von 20 Millionen M in den Entwurf eingestellt. Die Reichsbankdarlehen sollen einen Zuschuß von 3,8 Millionen M gegen 1,8 Millionen im Vorjahre liefern. Endlich waren aus den Uberschüssen des Jahres 1924 200 Millionen M als Rücklagen für Reparationszwecke vorsepariert worden, die im Entwurf jetzt dazu dienen, die Reparationslasten des Jahres 1926 zu decken zu helfen.

Die Ausgaben für die Allgemeine Reichsverwaltung bleiben mit 4116 Millionen M um 142 Millionen M hinter denen des Vorjahres zurück. Hierbei entfallen 18 Prozent (699,8 Millionen) auf die Bezüge der Beamten, Angestellten und Arbeiter des Reiches, 40 Proz. (1612,8 Millionen) auf tatsächliche Ausgaben. Eine schwere Belastung für den Haushalt bildet der Rentensatz mit 1,5 Milliarden M. Die Versorgungsgebühren für den ganzen 42 Proz. der allgemeinen Reichsausgaben.

Die aus dem Reichshaushalt zu leistenden Reparationsausgaben belaufen sich im Rechnungsjahre 1926 auf rund 600 Millionen M gegen 291,6 Millionen im Vorjahre, die inneren Kriegskosten auf 298,4 Millionen M, d. s. 110 Millionen weniger als im Jahre 1925. Rechnet man die übrigen Leistungen für 1926 hinzu, so ergibt sich alles in allem eine Reparationsleistung von 1360,3 Millionen M.

Der ordentliche Haushalt der Allgemeinen Reichsverwaltung weist auf an Einnahmen 7,4 Milliarden M, an fortwährenden Ausgaben 6,8 Milliarden M, an einmaligen Ausgaben 249,2 Millionen M, so daß sich eine Gesamtausgabe von 7,1 Milliarden M ergibt, mithin ein Überschuß von 294,2 Millionen M.

Der außerordentliche Haushalt der Allgemeinen Reichsverwaltung betreibt eine Ausgabe von 301 Millionen M durch 6,8 Millionen M eigener Einnahmen und den erwähnten Überschuß des ordentlichen Haushaltes von 294,2 Millionen M.

Der Haushalt für die Kriegslasten zeigt im ordentlichen Haushalt einen Ausgabebedarf von 232,3 Millionen M, im außerordentlichen Haushalt einen solchen von 1285,8 Millionen M. Den Ausgaben stehen in beiden Fällen gleich hohe Einnahmen gegenüber.

Wie präzis die Wirtschaftslage ist, lehrt jeder Tag. Ihre Rückwirkungen auf die Finanzlage des Reiches und damit auch der Länder und Gemeinden, können nicht ausbleiben. Im Rechnungsjahre 1927 sind für Reparationszahlungen neben den von der Industrie und der Deutschen Reichsbahn aufzubringenden Beiträgen aus dem Reichshaushalt 362 Millionen M mehr als im Rechnungsjahre 1926 aufzubringen. Im Rechnungsjahre 1928 sind es 735 Millionen M mehr und vom Rechnungsjahre 1929 ab jährlich 940 Millionen M, also nahezu 1 Milliarde mehr. Rücklagen für diese Zahlungen sind nicht vorhanden. Daß derartige Beträge durch eine Steigerung der Abgaben aufzubringen sein könnten, wird niemand für möglich halten. Es wird kaum bestritten werden können, daß die Belastung der Wirtschaft mit Steuern und sozialen Lasten eine Erhöhung nicht mehr vermag. Wir bedürfen einer starken Steigerung unserer Ausfuhr, um damit unsere Reparationslasten wenigstens zum Teil zahlen und den gewaltigen Fehlbetrag in unserer Außenhandelsbilanz abzumildern zu können. Aber unsere Industrie ist im Auslande nicht wettbewerbsfähig, solange ihre Erzeugung mit so hohen Lasten beschwert ist und solange ihr im Inlande die gute und zahlungsfähige Kundenschaft der Landwirtschaft fehlt. Die Landwirtschaft, mit den gleichen Lasten beschwert, erzeugt zu teuer, um ihre Erzeugnisse zu lohnenden Preisen absetzen zu können.

In all diesen Beziehungen kann nur eine Milderung der Steuerbelastung Hilfe bringen. Der Weg, der zurzeit begegangen wird, die Steuereinnahmen zu senken und daneben beträchtliche Mehrausgaben zu beschließen ohne Deduktion für diese zu schaffen, ist sicherlich nicht der richtige. Es gibt nur ein Mittel. Es muß allenfalls zu der unangenehmen Sparmaßnahme geschritten werden, die unserer Verarmung und unserer Belastung mit Zwangsausgaben entspricht. Das kann nur geschehen im Wege einer starken Beschränkung der Ausgaben des Reiches und einer scharfen Sonderung

des Aufgabentranges von Reich und Ländern. Die Ausschüsse schlugen vor, der Wiedereinstellung der Mittel, die eine weitere Wirksamkeit des Reichsparlamentarismus ermöglichen, in den Haushaltsplan zuzuführen.

Der Etat wurde im ganzen und im einzelnen nach den Beschlüssen der Ausschüsse angenommen. Der Kosten des Reichsparlamentarismus wurde wieder in den Etat eingestellt u. zwar genau in der bisherigen Fassung.

Außerdem stimmte der Reichsrat den vom Reichstage in den letzten Sitzungen angenommenen Gesetzentwürfen zu, so u. a. der Verlängerung der Gültigkeitsdauer des deutsch-französischen Handelsübereinkommens, der Verlängerungsfrist für die Zuckerverträge des Jahres 1925 bis zum 31. März 1926 und der Senkung der Lohnsteuer.

### Politische Neuigkeiten

#### Die Deutsch-französischen Wirtschafts-verhandlungen

Haben, wie aus Paris gemeldet wird, zu einer gewissen Annäherung geführt, die am Samstag nach 14 monatigem Hin und Her in einem Protokoll schriftlich festgelegt worden ist, und die den baldigen Abschluß eines Vertrages und damit die Wiederherstellung des deutsch-französischen Wirtschaftsfriedens gewährleistet. Von den beiden Delegationen ist darüber ein Kommuniqué ausgegeben worden, in dem es heißt:

Die Resultate betreffen vor allen Dingen in der Schaffung einer Basis, die nunmehr für die letzte Phase der Verhandlungen, die am 12. Januar wieder aufgenommen werden sollen, unverändert bleiben soll, und in der Festsetzung eines Verfahrens für die Vorbereitung dieser bevorstehenden Verhandlungen. Deutschland erhält die Sicherheit, daß es an einem bestimmten Datum mit den meistbegünstigten Konkurrenten auf dem französischen Markt gleichgestellt wird, ebenso wie die Möglichkeit, Abänderungen des französischen Zolltarifs, die seine Exportinteressen verletzen, auszugleichen oder zu neutralisieren. Als Gegenleistung für diese Garantien, die bisher noch nicht gegeben waren, hat Deutschland die Behandlung näher festgelegt, die Frankreich im Falle eines gerechten Ausgleichs der Zugeständnisse und Vorteile sowohl in bezug auf die Meistbegünstigung als auf die für seinen Exportartikel gewährten Zollbedingungen genießen soll. Der in Aussicht genommene Vertrag, sieht ähnlich, wie die im deutsch-belgischen Handelsvertrag der Fall ist, zunächst eine gewisse Übergangszeit vor, die nach der Inkraftsetzung der angekündigten Revision des französischen Zolltarifs automatisch in den Zustand der gegenseitigen Meistbegünstigung überführen soll. Als Höchstdauer des Übergangsstadiums wurde eine Frist von 14 Monaten fixiert.

#### Deutschlands Jahresbedarf an Zucker

Die Steigerung des Zuckerbedarfs, die sich in Deutschland in den letzten hundert Jahren bemerkbar gemacht hat, dürfte zum größten Teil auf den Rückgang des Zuckerpriests und zu einer geringeren auf die Umstellung unserer Ernährungswirtschaft zurückzuführen sein. Diese ständig steigende Linie des Zuckerbedarfs in Deutschland war in den letzten Kriegsjahren und ersten Nachkriegsjahren nicht nur stehen geblieben, sondern hatte sich sogar rückläufig entwickelt. Wie jedoch aus statistischen Angaben hervorgeht, kehrt sich die Aufwärtsbewegung des Zuckerbedarfs nunmehr wieder fort. In den Monaten September und Oktober des Jahres 1925 betrug der Zuckerverbrauch in Deutschland etwas über eine Million Doppelzentner, in der gleichen Zeit des Jahres 1924 über 1,9 Millionen Doppelzentner und in diesem Jahre über 2,3 Millionen Doppelzentner. Der Jahresverbrauch würde sich demnach auf rund 13 Millionen Doppelzentner stellen. Der Jahreszuckerverbrauch ist von 14,8 Kilogramm im Jahre 1923/24 auf 22,42 Kilogramm im Jahre 1924/25 gestiegen und hat damit den höchsten Preisverbrauchs um 1,3 Kilogramm überschritten.

Eine Entschärfung der Beamtenverhältnisse. Die am Samstag im Gebäude des preussischen Landtages zu Berlin abgehaltene Hauptvorstandssitzung des Gesamtverbandes Deutscher Beamtenvereinigungen hat eine Entschärfung gefordert, in der es heißt: „Der Vorstand des Gesamtverbandes Deutscher Beamtenvereinigungen beklagt, daß Reichsregierung und Reichsrat die Zahlung der Ratzulage vor Weisnachten auf die Beamten in den Besoldungsgruppen I bis VI beschränkt hat, trotzdem der Reichsrat die Bereitwilligkeit zu erkennen gegeben hat, auch den Beamten in den nachfolgenden Besoldungsgruppen die Ratzulage zuzulassen zu lassen.“

Verfahren gegen Dr. Fubor. In der Presse ist in den letzten Tagen wiederholt auf einen Aufsatz in der von Dr. Heinrich Fubor in Leipzig herausgegebene Zeitschrift „Osten-Kreis“ hingewiesen worden, der Beschimpfungen des Reichspräsidenten und die Aufforderung zu Gewalttätigkeiten gegen den Reichsaußenminister Dr. Stresemann enthält. Wie das B.M. von ausländischer Seite erfährt, ist die in Betracht kommende Nummer der Zeitschrift auf Antrag des Oberstaatsanwalts bereits am 2. Dezember in 10 000 Stücken beschlagnahmt worden. Gegen den Schriftsteller ist die gerichtliche Untersuchung wegen Vergehens wegen § 47, 1 und § 8, 1 des Republiksschutzgesetzes, eröffnet worden.

Besuch des württembergischen Staatspräsidenten in München. Der württembergische Staatspräsident Bazille kommt am heutigen Montag nach München, um den Besuch, welcher Ministerpräsident Dr. Heß am 20. Mai in Stuttgart abgestattet hat, zu erwidern.

Mit der Beilage: 11. Amtlicher Bericht über die Verhandlungen des Badischen Landtags

## Sowjetrußland und die Abrüstungskonferenz

Die Einladung des Völkerbundes zur Teilnahme an den Arbeiten der vom Rat auf den 15. Februar nach Genf einberufenen Kommission zur Vorbereitung der Abrüstungskonferenz ist, wie aus Moskau gemeldet wird, beim russischen Außenministerium eingegangen. Das Schreiben weist darauf hin, daß der Völkerbund angesichts der großen Bedeutung der Sowjetunion in der Abrüstungsfrage der Anwesenheit Rußlands nicht nur an der Konferenz, sondern auch in den die Konferenz vorbereitenden Kommissionen große Wichtigkeit beimesse.

Zu dieser Einladung schreibt die „Iswestija“, daß die Sowjetunion sich niemals geweigert habe, an den Abrüstungsverhandlungen teilzunehmen, und in den meisten Fällen die Initiative zu derartigen Verhandlungen ergriffen hätte. Sowjetrußland sei auch jetzt bereit, an der bevorstehenden Abrüstungskonferenz teilzunehmen, ungeachtet dessen, daß die Einladung an Rußland bereits zum Gegenstand eines diplomatischen Spiels geworden sei, welches Rußland zum Verzicht auf die Teilnahme an der Konferenz zu zwingen bezwecke. Besonders charakteristisch sei die Wahl Genfs als Konferenzort, wozin Rußland mit Rücksicht auf seine Beziehungen zur Schweiz nicht gehen könne. Die Sowjetunion werde jedoch alle Maßnahmen treffen, um vor der öffentlichen Meinung aller Länder die Versuche zu enthüllen, die darauf ausgehen, die Konferenz mit Bedingungen zu umkleiden, welche für Sowjetrußland unannehmbar sind, um dessen Teilnahme an der Konferenz unmöglich zu machen.

## Keine Aufhebung des amerikanischen Alkoholverbots

Die Meldungen von einer „Aufhebung“ der Antialkoholgesetze in Amerika, werden nach Berichten aus New York als völlig unzutreffend bezeichnet, weil dazu zunächst eine Verfassungsänderung notwendig wäre. Dagegen haben verschiedene Mitglieder des Kongresses Anträge zu dem Antialkoholgesetz eingebracht, durch die die Herstellung leichter Weine und die von Bier mit 2,75 Proz. Alkoholgehalt gestattet werden soll. Das Washingtoner Schachamt hat eine Verfügung erlassen, die vom 1. Februar ab die Verwendung von Branntwein, Rum und Gin bei der Herstellung medizinischer Präparate verbietet. Alkohol und Wein können statt dessen verwendet werden. Im Repräsentantenhaus unternahm der Republikaner Ware einen heftigen Angriff auf das Antialkoholgesetz, das sich als undurchführbar erwiesen habe.

Die Kosten der französischen Kriege in Marokko und Syrien. Nach einer Sabasmeldung gab Finanzminister Doumer im Finanzausschuß Erklärungen über die Kosten der militärischen Operationen in Marokko und Syrien ab, die sich im Staatsjahre 1925 auf 950 Millionen Franken beliefen, jedoch seien hierin nicht einmal die Kosten für die Wohnungen der dort stehenden Truppen eingerechnet, die in das ordentliche Budget eingestellt wurden. Für das Staatsjahr 1926 habe Doumer die Kosten für Marokko und Syrien auf 500 Millionen Franken veranschlagt, deren Einstellung in das Budget er gefordert habe.

## Kurze Nachrichten

Deutsch-türkisches Handelsabkommen. In Angora wurde am Sonntag ein vorläufiges deutsch-türkisches Handelsabkommen abgeschlossen. In dem Abkommen sichern die beiden Staaten gegenseitige Meistbegünstigung in zolltariflicher Hinsicht zu. Deutschland ist ferner verpflichtet, den Zollfuß für Koffine aus Position 52 des deutschen Zolltarifs mit Rückwirkungskraft ab 17. Oktober auf 8 Mark herabzusetzen.

Der deutsche Weinbauverband. Wie aus Koblenz berichtet wird, hat sich der Vorsitzende des Deutschen Weinbauverbandes, Dr. Müller, mit anderen führenden Persönlichkeiten nach Berlin zu Verhandlungen über wichtige Weinbaufragen begeben, die mit den in Frage kommenden Reichsministerien werden. Am 21. Dezember findet in Mainz eine außerordentliche Sitzung des Deutschen Weinbauverbandes statt.

Abbau bei der Reichsbahn. Wie das „N. Tagbl.“ erfährt, ist bei der Reichsbahndirektion Stuttgart eine Verfügung eingetroffen, nach der im Bereich der Reichsbahndirektion Stuttgart 1400 Beamte der Gruppen 1 bis 7 in den nächsten 5 Monaten abgebaut werden sollen.

Die wachsende Arbeitslosigkeit in Berlin. Nach Wittermeldungen waren Ende der Woche bei den Arbeitsnachweisen Großberlins 141 000 Personen eingetragen gegen 119 000 in der Vorwoche. Auf dem Arbeitsmarkt entfällt im Durchschnitt auf 54 Bewerber eine offene Stelle.

Das chemische Institut der Universität Berlin geschlossen. Laut Anschlag am Schwarzen Brett des Berliner chemischen Instituts ist das Institut, wie das Berliner Tageblatt berichtet, wegen Geldmangels bis auf weiteres geschlossen. Die etatsmäßig bis zum 1. April vorgesehenen Geldmittel sind erschöpft. Trotz mehrfacher dringlicher Gesuche sind dem genannten Blatt zufolge keine weiteren Mittel bewilligt worden.

Wieder ein Bombenattentat gegen eine deutsche Zeitung. Sonntagabend gegen 8 Uhr wurde auf die „Kattowitzer Zeitung“ ein Bombenattentat verübt, indem auf bisher unaufgeklärte Weise in den Räumen, in denen sich die Notationsmaschinen befinden, eine große Menge von Explosivstoffen zur Entzündung gebracht wurde. Die Maschinen sind unversehrt geblieben, doch ist der Sachschaden infolge der gewaltigen Explosion beträchtlich. Menschenleben sind nicht zu Schaden gekommen.

Eine Statistik des Jubeljahres. Die Zahl der Pilger in Rom im Jubeljahr wird auf über 1 Million geschätzt, während im Jahre 1900 die Zahl der Pilger 300 000 betragen hat. Deutschland steht an erster Stelle mit 400 000. Deutschland, Österreich und Holland hatten auch die meisten Pilger, die zu Fuß nach Rom gekommen sind.

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte Karlsruhe vom 21. Dezember, 8 Uhr morgens. Unter dem Eindruck des rasch herannahenden kräftigen Atlantikstiefs kam es gestern in Baden zunächst zur Temperaturumkehr. Bald setzte überall Tauwetter ein. Die Niederschläge ergaben in der Rheinebene 5-10, im Südschwarzwald bis gegen 40 Lit. pro qm. Heute früh liegt die Temperatur in der Ebene bei 7 Grad, im Hochschwarzwald bei 0 Grad. Das Atlantikstief hat zwei Kerne: Der eine liegt über der Nordsee, der andere über dem westlichen Kanalausgang. Mit großer Kraft werden warme Luftmassen von Süden angefaßt, wodurch bei uns weiterhin warmes Wetter mit Niederschlägen bedingt wird. Die kalte Luft auf der Nordseite der Pyrenäen kann uns vorüberhand nicht erreichen. Voraussichtliche Witterung für Dienstag: Beschleunigt bewölkt, zeitweise Niederschläge (meist Regen) für die Jahreszeit warm, auch im Gebirge teilweise Schneeschmelze, Anschwellen der Flüsse.

## Badischer Teil

### Die Auslegung des § 16 des Aufwertungsgesetzes

Ist die Anmeldung des Aufwertungsanspruchs gemäß § 16 des Aufwertungsgesetzes auch im Falle einer Vereinbarung der Beteiligten über die Aufwertung erforderlich?

Nach dem Wortlaut des § 16 Abs. 1 des Aufwertungsgesetzes findet die Aufwertung auf Grund des Vorbehalts der Rechte oder kraft Rückwirkung nur statt, wenn der Gläubiger den Anspruch auf Aufwertung bis zum 1. Januar 1926 bei der Aufwertungsstelle anmeldet. Ob das Erfordernis der Anmeldung auch für den Fall gilt, daß die Beteiligten in einer Vereinbarung gemäß § 67 Abs. 3 des Aufwertungsgesetzes sich über die Aufwertung einigen, ist bestritten. Die Möglichkeit besteht, daß, obwohl gewichtige Gründe für die Verneinung der Frage sprechen, die Gerichte bei Unterlassung der rechtzeitigen Anmeldung den Aufwertungsanspruch für verwirkt ansehen.

Bei dieser zweifelhaften Rechtslage hat das Justizministerium sich veranlaßt gesehen, die Aufwertungsstellen darauf hinzuweisen, daß es für die Aufwertungsstellen ein Gebot der Vorsicht ist, fürsorglich auch im Falle einer gültigen Einigung den Aufwertungsanspruch rechtzeitig bis zum 1. Januar 1926 bei der Aufwertungsstelle anzumelden. Ganz besonders ist hierzu Anlaß, wenn im Rang nachstehende Rechte im Grundbuch eingetragen sind. Eine Verlängerung der Anmeldefrist wie überhaupt aller Fristen des Aufwertungsgesetzes ist nach Mitteilung des Reichsjustizministers ausgeschlossen.

Zur Anmeldung gemäß § 16 des Aufwertungsgesetzes ist Angabe des Eigentümers, des persönlichen Schuldners oder der Forderungshöhe nicht erforderlich. Es genügt, daß aus der Anmeldung hervorgeht, um welche Hypothek es sich handelt, und daß ihre Aufwertung gewünscht wird. In diesem Sinne hat sich auch das Kammergericht in einem Gutachten vom 9. Dezbr. 1925 ausdrücklich ausgesprochen. Das Gutachten ist in Nr. 2 der „Rechtsprechung in Aufwertungssachen“ veröffentlicht.

### Die Vorgänge in der Heidelberger Studentenschaft

Von dem Allgemeinen Studentenschaft der Universität Heidelberg erhält die Heidelberger „Volkszeitung“ folgende Erklärung:

„Nach dem im Oktober dieses Jahres erfolgten Austritt der Großdeutschen und der Württembergischen Studentenschaft stellte der ASt nicht mehr die einheitliche Vertretung der gesamten Heidelberger Studentenschaft dar. Durch diese Spaltung kam die schon seit längerer Zeit im ASt herrschende Gegenfälligkeit zu offenem Ausbruch, deren Entwicklung im Hineintragen politischer Gesichtspunkte zu suchen ist. Damit war bedauerlicherweise eine einheitliche Vertretung der Heidelberger Studentenschaft in Formfall gekommen. Da sich die Gegensätze auf beiden Seiten scharf zuspitzen lassen, war es notwendig, zunächst einmal eine gemeinsame Basis, auf der man eine vertrauensvolle Zusammenarbeit aufbauen konnte, zu finden. Diese gemeinsame Basis wurde geschaffen durch folgende, vom Heidelberger S. C. vorgelegte Entschließung:

„Der Heidelberger S. C. stellt fest, daß die zurzeit bestehende Spaltung in der Studentenschaft den altbewährten Auf derselben auf das schwerste zu gefährden geeignet ist. Nach seiner Auffassung ist der Heidelberger Studentenschaft diejenige Instanz, welche die äußerliche Vertretung aller an der Ruperto-Carola Studierenden darstellt. Diese Vertretung ist aber nur dann möglich, wenn ihr eine allgemeine Verständnis- und Vertrauensbasis zugrunde liegt. Der S. C. weist besonders darauf hin, daß, wie er auf Grund seiner historischen Entwicklung in scharfem Gegensatz zu jeder politischen Betätigung steht, ihm eine solche auch mit den Aufgaben des ASt unvereinbar erscheint. Nur darin, daß hier ein unbedingt neutraler Boden für die gesamte Studentenschaft allgemein angehende Fragen geschaffen ist, erblickt er die Gewähr ihrer objektiven Erörterung.“

Er sieht demnach die Aufschaltung von Sonderfragen, welche diesen allgemeinen Rahmen zu sprengen drohen, als eine wesentliche Voraussetzung an.

Der S. C. hält es für seine Pflicht, darauf hinzuweisen, daß sich nur aus der Zusammenfassung aller zur Mitarbeit berufenen Kräfte die Möglichkeit ergeben kann, in dem Sinne für die Studentenschaft zu wirken, den sie ihrer Vergangenheit und Bedeutung nach beanspruchen darf.“

Durch diese Vermittlung war es möglich, eine Einigung herbeizuführen, die dazu führte, daß die beiden ausgetretenen Gruppen am 8. Dezember in den ASt zurückkehrten und damit wieder ein vollständiges Vertretungsorgan der Heidelberger Studentenschaft geschaffen worden ist.

Da die Grundzüge dieser Entschließung in die Verfassung der Heidelberger Studentenschaft, die einstimmig in dritter Lesung angenommen wurde, Aufnahme fanden, ist ein Wiederherstellen der früheren Kämpfe als ausgeschlossen anzusehen.“

### Der Ausbau des Neckarkanals

Der württembergische Landtag beriet am Samstag in dritter Lesung den Gesetzentwurf über die weitere Leistung von 2,8 Millionen Mark durch den Staat an die Neckar-A.-G. für den Bau des Neckarkanals. Es kam zu einer lebhaften Aussprache da sich ein Teil der Rechten und auch die Sozialdemokraten gegen den Entwurf wandten. Die erstere wies darauf hin, daß sie von jeher Gegnerin des Kanals gewesen sei. Der letztere wurde vorgehalten, daß eine Ablehnung mit der Bereitstellung von Kostensparnissen und mit der Sorge für die Erwerbslosen nicht vereinbar sei. Außerdem wurde geltend gemacht, daß, wenn man für den Kanal vom Reichstag Geld bekommen wolle, der Landtag keine Dummheit machen dürfe. Es wäre ein Schwabenstreich, wenn der Entwurf abgelehnt würde. — Bei der Schlußabstimmung wurde dann der Entwurf mit 36 Stimmen des Zentrums, der Deutschen Volkspartei, der Württembergischen, der Demokraten und eines Teiles der Rechten gegen 7 Stimmen der Rechten bei 5 Enthaltungen der Sozialdemokraten und Kommunisten unter lebhaften Bravorufen angenommen. Der Landtag vertagte sich hierauf auf Mitte Januar.

## Erpzehtgutbeförderung

Die Reichsbahndirektion Karlsruhe schreibt uns: Die in letzter Zeit in den Zeitungen erschienenen Artikel „Erpzehtgut oder Postpaket“ oder „Weihnachtsgeschenken“ enthalten über die Erpzehtgutbeförderung teilweise ungenaue und daher leicht irreführende Angaben, die nicht unwidersprochen bleiben können oder einer Ergänzung bedürfen.

Zur Beförderung als Erpzehtgut werden sämtliche Gegenstände, auch über 20 Kgr., die sich zur Beförderung im Postwagen eignen, zu jeder Tages- und Nachtzeit, solange ein Abfertigungsbeamter im Dienste ist, also von vielen Stationen unbeschränkt, angenommen. Der Absender ist berechtigt, die Beförderung mit einem bestimmten Zug zu verlangen, wenn das Gut spätestens ¼ Stunde vor dessen Abgang aufgegeben wird. Macht er von diesem Rechte keinen Gebrauch, so werden die Erpzehtgüter mit dem nächstgelegenen Zug, nach ferngelegenen Bestimmungsorten vorzugsweise mit Schnellzügen befördert. Die Erpzehtgutbeförderung ist deshalb nicht nur im Rah- sondern auch im Fernverkehr die schnellste Beförderungsart. Dies hat auch die Geschäftswelt schon längst erkannt und sich bei ihren vielseitigen Handelsbeziehungen zwischen den größeren Städten gerne den vorhandenen Schnellzugverbindungen angeschlossen. So bedienen z. B. die großen Warenhäuser in den Großstädten mit Vorliebe auf diese Weise ihre Zweigstellen und Kunden in ganz Deutschland.

Auf der Bestimmungsortstation kann das Erpzehtgut vom Empfänger sofort nach Ankunft des Zuges in Empfang genommen werden. Wird es nicht abgeholt, so wird es in der Regel zugestellt; für die Zustellung sind mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage mehrere Tagesfahrten vorgesehen.

Auf eine Erpzehtkarte können bis zu 5 Stüd aufgegeben werden; die Fracht wird in diesem Fall nach dem Gesamtgewicht berechnet. Für eilige und sperrige Güter wird kein Preiszuschlag erhoben. Für folgende landwirtschaftliche Gegenstände: Futter, Häfe, Eier, frische Weizen, frisches Obst, Kartoffeln, frisches Gemüse aller Art werden auf Entfernungen bis 300 Km. nur die halben Erpzehtsätze berechnet. Von der auf Anregung der Bevölkerung in Karlsruhe errichteten Stadtannahmestelle werden für Überführung an den Bahnhof für Sendungen bis 10 Kgr. nur 5 Pf., von 11 bis 50 Kgr. 10 Pf. erhoben.

Die Haftung der Eisenbahn für Verlust und Beschädigung richtet sich nicht nach dem Gewicht und bleibt nicht auf eine Höchstsumme beschränkt; die Eisenbahn erfährt für Verlust des Handwertes oder gemeinen Wertes des Gutes, für Beschädigung die Minderung dieses Wertes.

## Vom Murgwert

Stellt die Forstbehörde die erste Stufe des Elektrizitätswertes der Wadenwert U. S. dar, so bildet die zurzeit ihrer Vollendung entgegengedehnte Schwarzenbachanlage den zweiten Ausbau. Indessen ist auch bereits die dritte Ausbaustufe in der Entwicklung begriffen. Sie geschieht durch den Bezug der Kammling- und des Hundsbachs, deren Wassergebiete ebenfalls dem Schwarzenbachbezirk zugewiesen werden. An Kraft wird durch das neue Projekt der Kammling- und Hundsbachleitung ein Gewinn von 17,2 Millionen KwSt. erzielt. Nach der Erledigung der Konzeptionsfrage zur Schwarzenbachanlage bedeutet der Ausbau dieser dritten Stufe rechtlich und wirtschaftlich keine wesentlichen Schwierigkeiten. Die Anlage selbst reicht ins Gebiet des Amtsbezirks Mühlheim, die finanzrechtliche Erledigung geschieht jedoch aus Wirtschaftsründen bei der Bezirksbehörde Malsatt, die den einflussreichen Baubeginn gestattet hat. Die Verbeschädigung durch den Baugraben wird vermutlich zu Anfang des Jahres 1926 erfolgen können.

## Kurs über Bekämpfung der Rebschädlinge

Der schlechte Herbst 1925 war vielfach durch unsachgemäße Schädlingbekämpfung bedingt. Um die Winter erneut in der neugeitlichen Schädlingbekämpfung anzuleiten hält das Badische Weinbauinstitut vom 18.-20. Januar in Freiburg einen 3tägigen Kurs über Weinbau mit besonderer Berücksichtigung der Rebschädlinge und ihrer Bekämpfung ab. Neben Vorträgen über die Biologie und die Bekämpfung der Rebschädlinge, über die Herstellung der Brühen und über die Technik der Bekämpfung mit Spritzbrühen und Staubmitteln, wird ein Überblick gegeben über den neuen Weinbau mit Propfreben und über Hybridreben. Die Veranstaltung schließt mit einer Kostprobe verschiedener Hybridreben.

Im Interesse der Steigerung der Weinerträge wodurch allein eine Rentabilität im Weinbau möglich ist, sollte jede Gemeinde einige forstwirtschaftliche Winger zu diesem Kurs entsenden.

## Vom badischen Lehrerverein

Der badische Lehrerverein kann im nächsten Jahre auf ein 50-jähriges Bestehen zurückblicken. Aus diesem Anlaß wird voraussichtlich am 12. Dezember eine allgemeine Mitgliederversammlung stattfinden, die den Charakter einer Jubiläumstagung haben soll. In Verbindung hiermit soll das 50-jährige Bestehen der badischen Simultanlehre gefeiert werden. Eine Festschrift des badischen Lehrervereins ist in Vorbereitung.

## Vom Reichsbund der Kriegsbeschädigten

Der Reichsbund der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegshinterbliebenen, Gau Baden, hält seinen nächsten Jahreskongress am 13. und 14. März in Mannheim ab. — Bundesvorsitzender und Gauvorsitzender haben nach erfolgter Ausschreibung als neuen Gauleiter für den Gau Baden den Kameraden Marquardt-Desden gewählt. — Auf Vorschlag des Gauvorsitzenden ist vom Ministerium des Innern der Gauleiter Kamerad Marquardt als ordentliches Mitglied des Reichs- und Reichsausschusses beim Landesfürsorgeverband bestellt worden.

## Wegverbesserung und Bad. Automobilklub

Der Badische Automobilklub trat Donnerstagabend in Karlsruhe zu einer Sitzung zusammen, in welcher insbesondere über die einstweilige Regelung der Kraftfahrzeugsteuer und die Unterhaltung der Landstraßen gesprochen wurde. Nach einer einstimmig angenommenen Entschließung soll den staatlichen Behörden die Notwendigkeit eines raschen Straßenbaues vor Augen geführt und vor allem dahin gewirkt werden, daß die Durchgangsstraßen in erster Linie in Ordnung gebracht werden. Bezüglich der neuen Kraftfahrzeugsteuer sind auch die Verbände darüber einig, daß alle über die Reichssteuer und eine etwaige Mindeststeuer hinausgehenden Forderungen untragbar sind und verlangen, daß die Steuer restlos ihren Bestimmungen zugeführt wird.

Inhaber: W. Bertsch  
Kaiserstraße 128  
Spezialhaus für

E. Büchle

Bilder u. Einrahmungen  
Gute Ausführung bei  
billigster Berechnung  
Große Auswahl

Gemeinde-Rundschau

Ein Protest des Durlacher Stadtrates. Wie aus dem letzten Durlacher Stadtratbericht hervorgeht, beabsichtigt die Stadt Karlsruhe, auf dem Gut Schöned ein Tuberkulose-, strahlen- und Erholungsheim zu errichten...

Darlehen der Stadt Offenburg. Die Stadt Offenburg hat im Stadtrat die Aufnahme eines Auslandsdarlehens von 480 000 M. beschlossen, das durch den Deutschen Sparfassen- und Giroverband vermittelt werden soll...

Das Singener Elektrizitätswerk. Einen weiteren Fortschritt zur Aufwärtsentwicklung im Leben der Stadt Singen bedeutet neben der Fertigstellung des Gaswerkes die Anlage des Elektrizitätswerkes...

Aus der Landeshauptstadt

Goldene Hochzeit. Geh. Oberregierungsrat Salzer, der langjährige verdienstvolle Präsident des Badischen Landwirtschaftlichen Vereins, begeht heute (Montag) mit seiner Gattin die Feier der goldenen Hochzeit...

Gewissenlos. Zur Anzeige gelangte ein Kohlenhändler von hier, weil er Kohlen an seine Kundschaft mit bedeutendem Mindergewicht lieferte.

Bücheranzeigen

In Kanadas Urwäldern und Prärien. Erlebnisse und Streifzüge eines Trappers und Jägers. Von Max Otto (Kanadajäger). Neue Folge von „In Kanadischer Wildnis“...

Kurze Nachrichten aus Baden

D.3. Heibelberg, 19. Dez. Der Gemischte beschließende Ausschuss hat den am 1. Dezember vom Bürgerausschuss bewilligten Kredit für Notstandsarbeiten in Höhe von 310 000 Mark um 100 000 Mark erhöht...

D.3. Waldfisch, 19. Dez. Im Suggentaler Bergwerk bei Buchholz (Elzthal) sind schon vor einigen Jahren erhebliche Mengen Schwermetalle gefördert worden...

D.3. Rheinfelden, 20. Dez. In einer der ersten Sitzungen im Bezirksrat Säckingen im kommenden Jahre wird dieser sich mit der Konzessionserteilung an das zu erstellende Schwesstadt-Werk zu beschäftigen haben...

D.3. Waldshut, 18. Dez. Hier fand eine vom Verkehrsverein einberufene Besprechung in der Rheinbrückenfrage Waldshut-Koblentz statt, die von den Vertretern der beiderseitigen Staats- und Gemeindebehörden...

D.3. Waldshut, 18. Dez. Hier fand eine vom Verkehrsverein einberufene Besprechung in der Rheinbrückenfrage Waldshut-Koblentz statt, die von den Vertretern der beiderseitigen Staats- und Gemeindebehörden...

Handel und Wirtschaft

Berliner Preisnotierungen

Table with 4 columns: Location, Unit, Price 21. Dez., Price 19. Dez. Includes entries for Amsterdam, Kopenhagen, Italien, London, New York, Paris, Schweiz, Wien, and Prag.

Millionenverlust bei den Rombacher Füttern. Dem soeben veröffentlichten Geschäftsbericht der Rombacher Fütternwerke für 1924/25 entnehmen die Blätter: Bei einem Rohvertrag von 7,4 Millionen Mark, 6 Millionen Geschäftsunkosten...

Staatsanzeiger

Bekanntmachung

Die dem Arbeitsausschuss deutscher Verbände in Berlin, Schadowstraße 2, mit Erlaß vom 19. Mai 1925 Nr. 49 052 (Staatsanzeiger Nr. 126 vom 2. Juni 1925) erteilte Erlaubnis zur Sammlung von Geldspenden durch Werbeschreiben und persönliche Werbung im Lande Baden wird in widerruflicher Weise bis zum 31. März 1926 verlängert.

Karlsruhe, den 14. Dezember 1925. Ministerium des Innern. J. A. Arnsperger

Der Kirchengemeinde Vik. Oberamt Wolingen, wurde die Erlaubnis zum Losverkauf in Baden erteilt. Karlsruhe, den 16. Dezember 1925. Der Minister des Innern. J. B. Veers.

Personeller Teil

Ernennungen, Versetzungen, Zurücksetzungen usw. der planmäßigen Beamten

Aus dem Bereich des Ministeriums des Innern

Ernannt: Regierungsrat Paul Strack in Mannheim zum Landrat in Einsheim.

Polizeiwachmeister Philipp Heinrich beim Bezirksamt Karlsruhe zum Polizeiführer der Verwaltungspolizei, Polizeiwachmeister Gottfried Meber beim Bezirksamt - Polizeidirektion Mannheim - zum Polizeiführer der Verwaltungspolizei daselbst, Verwaltungsassistent Adolf Koch beim Ministerium des Innern zum Verwaltungsführer, Bürogehilfe Heinrich Saas beim Ministerium des Innern zum Verwaltungsführer.

Übertragen: Dem Verwaltungsinспекtor i. e. H. Hermann Hilpert in Kislau eine planmäßige Verwaltungsinспекtorstelle beim Bezirksamt Karlsruhe.

Versetzt: Verwaltungs-Obersekretär Anton Gräserberger beim Bezirksamt Buchen zu jenem in Mühlheim, Verwaltungs-Obersekretär Ludwig Müller beim Bezirksamt Mühlheim zu jenem in Neustadt.

In den Ruhestand versetzt: Polizeiwachmeister Adolf Kibel in Freiburg.

Justizministerium. Planmäßig ernannt: Hausmeister August Scherer beim Amtsgericht Vörsach.

Ernannt: Justizassistent Albert Hörner beim Amtsgericht Mannheim zum Justizobersekretär, Bürogehilfe Georg Steinmann beim Notariat Vörsach zum Justizassistenten, Kanzleiassistent Johann Lutz beim Amtsgericht Sinsheim zum Kanzleiassistenten, Ministerialamtsgehilfe Rudolf Stern zum Kanzleiassistenten beim Amtsgericht Karlsruhe.

Versetzt: Die Kanzlistinnen Mathilde Linz beim Landgericht Karlsruhe zur Staatsanwaltschaft daselbst und Sofie Bollmer bei der Staatsanwaltschaft Karlsruhe zum Notariat daselbst, Amtsgehilfe Josef Seithel bei der Staatsanwaltschaft Karlsruhe zum Land- und Amtsgericht Mosbach.

Zentral-Handels-Register für Baden.

Durlach. C.768 Handelsregister A. Eingetragen am 8. 12. 25 die Firma: Hellmut Stegert mit Sitz in Durlach. Einzelkaufmann: Kaufmann Hellmut Stegert in Karlsruhe. Angegeben nicht eingetragen: Geschäftszweig: Herstellung von Kravatten und Kravattenzubehör. Amtsgericht.

Durlach. C.769 Handelsregister A. Eingetragen am 7. 12. 25 zu Firma: Gmeiner & Peitlinger, Inhaber Georg Gmeiner, Kurzwaren-großhandlung, mit Sitz in Durlach: Der Register-eintrag vom 6. 11. 25 wonach die Firma geändert ist in: Gmeiner & Peitlinger, Kurzwaren-großhandlung und Kaufmann Georg Gmeiner Bme. Amalie geb. Bad in Grödingen nach dem Tode des selbigen Firmeninhabers alleine Inhaberin geworden ist, wurde von Amts wegen gelöscht. Amtsgericht.

Eberbach. C.760 Handelsregister A. Eingetragen am 6. 12. 25 zu Firma: „Wid. Krauth“ Eberbach, Inhaber Kaufmann: Georg Jöbe Kaufmann, Ehefrau Sofie Juliana, geb. Krauth, und Theodor G. Krauth, Buchdrucker, beide in Eberbach. Die offene Handelsgesellschaft hat am 18. Sept. 1925 begonnen. Eberbach, 10. Dez. 1925. Amtsgericht.

Ettlingen. C.766 Handelsregister B. O.3. 13 Firma: Kunstlederbau-Gesellschaft mit beschränkter Haftung, in Ettlingen. Der Geschäftsführer Josef Richterberger in Ettlingen ist ausgeschieden...

Freiburg, Breisgau. C.679 Handelsregister. A. Bd. VIII, O.-3. 383, Firma Ludwig Karl v. Reitz, Freiburg, ist erloschen. Am 2. November 1925. A. Bd. IX, O.-3. 116: Firma Frau Frankfurter & Sohn, Freiburg, Gesellschafter der am 1. Juli 1925 begonnenen offenen Handelsgesellschaft sind Frau Agnes Frankfurter, Wismar, geb. Koch, und Oskar Frankfurter, Mehlhändler, beide in Freiburg. Am 4. Nov. 1925. A. Bd. VI, O.-3. 383, Firma Johann Buhl, Freiburg, betr.: Frau Maria Buhl, geb. Gsch, hat Prokura. Am 14. November 1925. A. Bd. VIII, O.-3. 350: Firma Fahrabbaus Josef Keller, Freiburg, hat Prokura geändert. In Hermann Kaiser. Am 18. November 1925. A. Bd. IX, O.-3. 118: Firma Zühl & Co., Freiburg, Gesellschafter der am 14. Nov. 1925 begonnenen offenen Handelsgesellschaft sind Kaufmann Johann Buhl und Kaufmann Karl Bender, beide in Freiburg. Am 16. November 1925. B. Bd. III, O.-3. 83: Immobilien-Gesellschaft Haus Poststr. 4 in Freiburg, Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Freiburg hat durch Gesellschaftsbeschluss vom 24. Oktober 1925 das Stammkapital unter entsprechender Änderung des Gesellschaftsvertrags durch Herabsetzung auf 50 000 RM. umgestellt. Fabrikant André Kriener in Kolmar ist als Geschäftsführer ausgeschieden, an seiner Stelle ist Kaufmann Wilhelm Schreimüller in Freiburg als Geschäftsführer bestellt. Am 6. November 1925. B. Bd. III, O.-3. 84: Immobilien-Gesellschaft Haus Reiterstraße 10 in Freiburg, Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Freiburg, hat durch Gesellschaftsbeschluss vom 24. Oktober 1925 das Stammkapital unter entsprechender Änderung des Gesellschaftsvertrags durch Herabsetzung auf 50 000 RM. umgestellt. Fabrikant André Kriener in Kolmar ist als Geschäftsführer ausgeschieden, an seiner Stelle ist Kaufmann Wilhelm Schreimüller in Freiburg als Geschäftsführer bestellt. Am 6. November 1925.

Freiburg, Breisgau. C.679 Handelsregister. A. Bd. VIII, O.-3. 383, Firma Ludwig Karl v. Reitz, Freiburg, ist erloschen. Am 2. November 1925. A. Bd. IX, O.-3. 116: Firma Frau Frankfurter & Sohn, Freiburg, Gesellschafter der am 1. Juli 1925 begonnenen offenen Handelsgesellschaft sind Frau Agnes Frankfurter, Wismar, geb. Koch, und Oskar Frankfurter, Mehlhändler, beide in Freiburg. Am 4. Nov. 1925. A. Bd. VI, O.-3. 383, Firma Johann Buhl, Freiburg, betr.: Frau Maria Buhl, geb. Gsch, hat Prokura. Am 14. November 1925. A. Bd. VIII, O.-3. 350: Firma Fahrabbaus Josef Keller, Freiburg, hat Prokura geändert. In Hermann Kaiser. Am 18. November 1925. A. Bd. IX, O.-3. 118: Firma Zühl & Co., Freiburg, Gesellschafter der am 14. Nov. 1925 begonnenen offenen Handelsgesellschaft sind Kaufmann Johann Buhl und Kaufmann Karl Bender, beide in Freiburg. Am 16. November 1925. B. Bd. III, O.-3. 83: Immobilien-Gesellschaft Haus Poststr. 4 in Freiburg, Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Freiburg hat durch Gesellschaftsbeschluss vom 24. Oktober 1925 das Stammkapital unter entsprechender Änderung des Gesellschaftsvertrags durch Herabsetzung auf 50 000 RM. umgestellt. Fabrikant André Kriener in Kolmar ist als Geschäftsführer ausgeschieden, an seiner Stelle ist Kaufmann Wilhelm Schreimüller in Freiburg als Geschäftsführer bestellt. Am 6. November 1925. B. Bd. III, O.-3. 84: Immobilien-Gesellschaft Haus Reiterstraße 10 in Freiburg, Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Freiburg, hat durch Gesellschaftsbeschluss vom 24. Oktober 1925 das Stammkapital unter entsprechender Änderung des Gesellschaftsvertrags durch Herabsetzung auf 50 000 RM. umgestellt. Fabrikant André Kriener in Kolmar ist als Geschäftsführer ausgeschieden, an seiner Stelle ist Kaufmann Wilhelm Schreimüller in Freiburg als Geschäftsführer bestellt. Am 6. November 1925.

Freiburg, Breisgau. C.679 Handelsregister. A. Bd. VIII, O.-3. 383, Firma Ludwig Karl v. Reitz, Freiburg, ist erloschen. Am 2. November 1925. A. Bd. IX, O.-3. 116: Firma Frau Frankfurter & Sohn, Freiburg, Gesellschafter der am 1. Juli 1925 begonnenen offenen Handelsgesellschaft sind Frau Agnes Frankfurter, Wismar, geb. Koch, und Oskar Frankfurter, Mehlhändler, beide in Freiburg. Am 4. Nov. 1925. A. Bd. VI, O.-3. 383, Firma Johann Buhl, Freiburg, betr.: Frau Maria Buhl, geb. Gsch, hat Prokura. Am 14. November 1925. A. Bd. VIII, O.-3. 350: Firma Fahrabbaus Josef Keller, Freiburg, hat Prokura geändert. In Hermann Kaiser. Am 18. November 1925. A. Bd. IX, O.-3. 118: Firma Zühl & Co., Freiburg, Gesellschafter der am 14. Nov. 1925 begonnenen offenen Handelsgesellschaft sind Kaufmann Johann Buhl und Kaufmann Karl Bender, beide in Freiburg. Am 16. November 1925. B. Bd. III, O.-3. 83: Immobilien-Gesellschaft Haus Poststr. 4 in Freiburg, Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Freiburg hat durch Gesellschaftsbeschluss vom 24. Oktober 1925 das Stammkapital unter entsprechender Änderung des Gesellschaftsvertrags durch Herabsetzung auf 50 000 RM. umgestellt. Fabrikant André Kriener in Kolmar ist als Geschäftsführer ausgeschieden, an seiner Stelle ist Kaufmann Wilhelm Schreimüller in Freiburg als Geschäftsführer bestellt. Am 6. November 1925. B. Bd. III, O.-3. 84: Immobilien-Gesellschaft Haus Reiterstraße 10 in Freiburg, Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Freiburg, hat durch Gesellschaftsbeschluss vom 24. Oktober 1925 das Stammkapital unter entsprechender Änderung des Gesellschaftsvertrags durch Herabsetzung auf 50 000 RM. umgestellt. Fabrikant André Kriener in Kolmar ist als Geschäftsführer ausgeschieden, an seiner Stelle ist Kaufmann Wilhelm Schreimüller in Freiburg als Geschäftsführer bestellt. Am 6. November 1925.

Freiburg, Breisgau. C.679 Handelsregister. A. Bd. VIII, O.-3. 383, Firma Ludwig Karl v. Reitz, Freiburg, ist erloschen. Am 2. November 1925. A. Bd. IX, O.-3. 116: Firma Frau Frankfurter & Sohn, Freiburg, Gesellschafter der am 1. Juli 1925 begonnenen offenen Handelsgesellschaft sind Frau Agnes Frankfurter, Wismar, geb. Koch, und Oskar Frankfurter, Mehlhändler, beide in Freiburg. Am 4. Nov. 1925. A. Bd. VI, O.-3. 383, Firma Johann Buhl, Freiburg, betr.: Frau Maria Buhl, geb. Gsch, hat Prokura. Am 14. November 1925. A. Bd. VIII, O.-3. 350: Firma Fahrabbaus Josef Keller, Freiburg, hat Prokura geändert. In Hermann Kaiser. Am 18. November 1925. A. Bd. IX, O.-3. 118: Firma Zühl & Co., Freiburg, Gesellschafter der am 14. Nov. 1925 begonnenen offenen Handelsgesellschaft sind Kaufmann Johann Buhl und Kaufmann Karl Bender, beide in Freiburg. Am 16. November 1925. B. Bd. III, O.-3. 83: Immobilien-Gesellschaft Haus Poststr. 4 in Freiburg, Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Freiburg hat durch Gesellschaftsbeschluss vom 24. Oktober 1925 das Stammkapital unter entsprechender Änderung des Gesellschaftsvertrags durch Herabsetzung auf 50 000 RM. umgestellt. Fabrikant André Kriener in Kolmar ist als Geschäftsführer ausgeschieden, an seiner Stelle ist Kaufmann Wilhelm Schreimüller in Freiburg als Geschäftsführer bestellt. Am 6. November 1925. B. Bd. III, O.-3. 84: Immobilien-Gesellschaft Haus Reiterstraße 10 in Freiburg, Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Freiburg, hat durch Gesellschaftsbeschluss vom 24. Oktober 1925 das Stammkapital unter entsprechender Änderung des Gesellschaftsvertrags durch Herabsetzung auf 50 000 RM. umgestellt. Fabrikant André Kriener in Kolmar ist als Geschäftsführer ausgeschieden, an seiner Stelle ist Kaufmann Wilhelm Schreimüller in Freiburg als Geschäftsführer bestellt. Am 6. November 1925.

Freiburg, hat durch Gesellschaftsbeschluss v. 24. Oktober 1925 das Stammkapital unter entsprechender Änderung des Gesellschaftsvertrags durch Herabsetzung auf 42 000 RM. umgestellt. Fabrikant André Kriener in Kolmar ist als Geschäftsführer ausgeschieden, an seiner Stelle ist Kaufmann Wilhelm Schreimüller in Freiburg als Geschäftsführer bestellt. Am 6. November 1925. B. Bd. V, O.-3. 77: Katholisches Studienhaus, Gesellschaft mit beschränkter Haftung mit beschränkter Haftung in Freiburg. Gegenstand des Unternehmens ist der Erwerb und Betrieb eines Studienhauses zur Ausbildung katholischer Geistlicher, die in der Inlandseelorge mitwirken, namentlich in karitativen Einrichtungen, wie Waisenhäusern, Besserungsanstalten usw. und außerdem die Seelsorge der Deutschen im Ausland übernehmen. Stammkapital: 5000 RM. Geschäftsführer: Theophorus May, Prokurator in Vordorf a. Rh. Der Gesellschaftsvertrag ist am 10. August 1925 festgestellt. Sind mehrere Geschäftsführer vorhanden, so vertreten zwei Geschäftsführer, oder ein Geschäftsführer zusammen mit einem Prokuristen die Gesellschaft. Es kann jedoch bei der Anstellung eines Geschäftsführers bedungen werden, daß er allein die Gesellschaft zu vertreten befugt ist, auch wenn mehrere Geschäftsführer bestellt sind. Die Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen durch die Freiburg. Tagespost. Am 7. November 1925. Bad. Amtsgericht Freiburg

Freiburg, hat durch Gesellschaftsbeschluss v. 24. Oktober 1925 das Stammkapital unter entsprechender Änderung des Gesellschaftsvertrags durch Herabsetzung auf 42 000 RM. umgestellt. Fabrikant André Kriener in Kolmar ist als Geschäftsführer ausgeschieden, an seiner Stelle ist Kaufmann Wilhelm Schreimüller in Freiburg als Geschäftsführer bestellt. Am 6. November 1925. B. Bd. V, O.-3. 77: Katholisches Studienhaus, Gesellschaft mit beschränkter Haftung mit beschränkter Haftung in Freiburg. Gegenstand des Unternehmens ist der Erwerb und Betrieb eines Studienhauses zur Ausbildung katholischer Geistlicher, die in der Inlandseelorge mitwirken, namentlich in karitativen Einrichtungen, wie Waisenhäusern, Besserungsanstalten usw. und außerdem die Seelsorge der Deutschen im Ausland übernehmen. Stammkapital: 5000 RM. Geschäftsführer: Theophorus May, Prokurator in Vordorf a. Rh. Der Gesellschaftsvertrag ist am 10. August 1925 festgestellt. Sind mehrere Geschäftsführer vorhanden, so vertreten zwei Geschäftsführer, oder ein Geschäftsführer zusammen mit einem Prokuristen die Gesellschaft. Es kann jedoch bei der Anstellung eines Geschäftsführers bedungen werden, daß er allein die Gesellschaft zu vertreten befugt ist, auch wenn mehrere Geschäftsführer bestellt sind. Die Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen durch die Freiburg. Tagespost. Am 7. November 1925. Bad. Amtsgericht Freiburg

Freiburg, hat durch Gesellschaftsbeschluss v. 24. Oktober 1925 das Stammkapital unter entsprechender Änderung des Gesellschaftsvertrags durch Herabsetzung auf 42 000 RM. umgestellt. Fabrikant André Kriener in Kolmar ist als Geschäftsführer ausgeschieden, an seiner Stelle ist Kaufmann Wilhelm Schreimüller in Freiburg als Geschäftsführer bestellt. Am 6. November 1925. B. Bd. V, O.-3. 77: Katholisches Studienhaus, Gesellschaft mit beschränkter Haftung mit beschränkter Haftung in Freiburg. Gegenstand des Unternehmens ist der Erwerb und Betrieb eines Studienhauses zur Ausbildung katholischer Geistlicher, die in der Inlandseelorge mitwirken, namentlich in karitativen Einrichtungen, wie Waisenhäusern, Besserungsanstalten usw. und außerdem die Seelsorge der Deutschen im Ausland übernehmen. Stammkapital: 5000 RM. Geschäftsführer: Theophorus May, Prokurator in Vordorf a. Rh. Der Gesellschaftsvertrag ist am 10. August 1925 festgestellt. Sind mehrere Geschäftsführer vorhanden, so vertreten zwei Geschäftsführer, oder ein Geschäftsführer zusammen mit einem Prokuristen die Gesellschaft. Es kann jedoch bei der Anstellung eines Geschäftsführers bedungen werden, daß er allein die Gesellschaft zu vertreten befugt ist, auch wenn mehrere Geschäftsführer bestellt sind. Die Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen durch die Freiburg. Tagespost. Am 7. November 1925. Bad. Amtsgericht Freiburg

Freiburg, hat durch Gesellschaftsbeschluss v. 24. Oktober 1925 das Stammkapital unter entsprechender Änderung des Gesellschaftsvertrags durch Herabsetzung auf 42 000 RM. umgestellt. Fabrikant André Kriener in Kolmar ist als Geschäftsführer ausgeschieden, an seiner Stelle ist Kaufmann Wilhelm Schreimüller in Freiburg als Geschäftsführer bestellt. Am 6. November 1925. B. Bd. V, O.-3. 77: Katholisches Studienhaus, Gesellschaft mit beschränkter Haftung mit beschränkter Haftung in Freiburg. Gegenstand des Unternehmens ist der Erwerb und Betrieb eines Studienhauses zur Ausbildung katholischer Geistlicher, die in der Inlandseelorge mitwirken, namentlich in karitativen Einrichtungen, wie Waisenhäusern, Besserungsanstalten usw. und außerdem die Seelsorge der Deutschen im Ausland übernehmen. Stammkapital: 5000 RM. Geschäftsführer: Theophorus May, Prokurator in Vordorf a. Rh. Der Gesellschaftsvertrag ist am 10. August 1925 festgestellt. Sind mehrere Geschäftsführer vorhanden, so vertreten zwei Geschäftsführer, oder ein Geschäftsführer zusammen mit einem Prokuristen die Gesellschaft. Es kann jedoch bei der Anstellung eines Geschäftsführers bedungen werden, daß er allein die Gesellschaft zu vertreten befugt ist, auch wenn mehrere Geschäftsführer bestellt sind. Die Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen durch die Freiburg. Tagespost. Am 7. November 1925. Bad. Amtsgericht Freiburg

Baden. 18. „Victoria“ Ta-bakhandels-Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Karlsruhe. 19. Badenia, Fabrikation chemischer Produkte, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Karlsruhe. 20. Gorenflo & Co., Gesellschaft für Holzhandel und Holzbearbeitung m. beschränkter Haftung, Karlsruhe. 21. Otof - Lebensmittelwerke, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Karlsruhe. 22. Darlehens- u. Wirtschaftskasse „Dawid“ Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Karlsruhe. 23. Badische Chablos-Fabrik, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Karlsruhe. 24. Allgemeine Film- und Kine-matographen - Gesellschaft (Eldorado), mit beschränkter Haftung, Karlsruhe. 25. Rheinische Eisenbe-ton-Industrie, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Karlsruhe. 26. Beamten-Varenverorgungs, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Karlsruhe. 27. Rheinische Holzwaren-industrie und Holzroh-handel, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Karlsruhe. 28. Breuer & Cie., Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Karlsruhe. 29. Dietrich & Co., Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Karlsruhe. 30. Handels-gesellschaft für Bau und Industrie mit beschränkter Haftung, Karlsruhe. 31. Chemisch - technisches Handelskontor, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Karlsruhe. 32. Siedentische Beamten - Selbsthilfe G. m. b. H., Karlsruhe. 33. Zigarettenfabrik „Dre-ka“, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Karlsruhe. 34. Karlsruher Lebensmittelhandels-gesellschaft mit beschränkter

Baden. 18. „Victoria“ Ta-bakhandels-Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Karlsruhe. 19. Badenia, Fabrikation chemischer Produkte, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Karlsruhe. 20. Gorenflo & Co., Gesellschaft für Holzhandel und Holzbearbeitung m. beschränkter Haftung, Karlsruhe. 21. Otof - Lebensmittelwerke, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Karlsruhe. 22. Darlehens- u. Wirtschaftskasse „Dawid“ Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Karlsruhe. 23. Badische Chablos-Fabrik, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Karlsruhe. 24. Allgemeine Film- und Kine-matographen - Gesellschaft (Eldorado), mit beschränkter Haftung, Karlsruhe. 25. Rheinische Eisenbe-ton-Industrie, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Karlsruhe. 26. Beamten-Varenverorgungs, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Karlsruhe. 27. Rheinische Holzwaren-industrie und Holzroh-handel, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Karlsruhe. 28. Breuer & Cie., Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Karlsruhe. 29. Dietrich & Co., Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Karlsruhe. 30. Handels-gesellschaft für Bau und Industrie mit beschränkter Haftung, Karlsruhe. 31. Chemisch - technisches Handelskontor, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Karlsruhe. 32. Siedentische Beamten - Selbsthilfe G. m. b. H., Karlsruhe. 33. Zigarettenfabrik „Dre-ka“, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Karlsruhe. 34. Karlsruher Lebensmittelhandels-gesellschaft mit beschränkter

Baden. 18. „Victoria“ Ta-bakhandels-Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Karlsruhe. 19. Badenia, Fabrikation chemischer Produkte, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Karlsruhe. 20. Gorenflo & Co., Gesellschaft für Holzhandel und Holzbearbeitung m. beschränkter Haftung, Karlsruhe. 21. Otof - Lebensmittelwerke, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Karlsruhe. 22. Darlehens- u. Wirtschaftskasse „Dawid“ Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Karlsruhe. 23. Badische Chablos-Fabrik, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Karlsruhe. 24. Allgemeine Film- und Kine-matographen - Gesellschaft (Eldorado), mit beschränkter Haftung, Karlsruhe. 25. Rheinische Eisenbe-ton-Industrie, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Karlsruhe. 26. Beamten-Varenverorgungs, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Karlsruhe. 27. Rheinische Holzwaren-industrie und Holzroh-handel, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Karlsruhe. 28. Breuer & Cie., Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Karlsruhe. 29. Dietrich & Co., Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Karlsruhe. 30. Handels-gesellschaft für Bau und Industrie mit beschränkter Haftung, Karlsruhe. 31. Chemisch - technisches Handelskontor, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Karlsruhe. 32. Siedentische Beamten - Selbsthilfe G. m. b. H., Karlsruhe. 33. Zigarettenfabrik „Dre-ka“, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Karlsruhe. 34. Karlsruher Lebensmittelhandels-gesellschaft mit beschränkter

Baden. 18. „Victoria“ Ta-bakhandels-Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Karlsruhe. 19. Badenia, Fabrikation chemischer Produkte, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Karlsruhe. 20. Gorenflo & Co., Gesellschaft für Holzhandel und Holzbearbeitung m. beschränkter Haftung, Karlsruhe. 21. Otof - Lebensmittelwerke, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Karlsruhe. 22. Darlehens- u. Wirtschaftskasse „Dawid“ Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Karlsruhe. 23. Badische Chablos-Fabrik, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Karlsruhe. 24. Allgemeine Film- und Kine-matographen - Gesellschaft (Eldorado), mit beschränkter Haftung, Karlsruhe. 25. Rheinische Eisenbe-ton-Industrie, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Karlsruhe. 26. Beamten-Varenverorgungs, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Karlsruhe. 27. Rheinische Holzwaren-industrie und Holzroh-handel, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Karlsruhe. 28. Breuer & Cie., Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Karlsruhe. 29. Dietrich & Co., Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Karlsruhe. 30. Handels-gesellschaft für Bau und Industrie mit beschränkter Haftung, Karlsruhe. 31. Chemisch - technisches Handelskontor, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Karlsruhe. 32. Siedentische Beamten - Selbsthilfe G. m. b. H., Karlsruhe. 33. Zigarettenfabrik „Dre-ka“, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Karlsruhe. 34. Karlsruher Lebensmittelhandels-gesellschaft mit beschränkter

Baden. 18. „Victoria“ Ta-bakhandels-Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Karlsruhe. 19. Badenia, Fabrikation chemischer Produkte, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Karlsruhe. 20. Gorenflo & Co., Gesellschaft für Holzhandel und Holzbearbeitung m. beschränkter Haftung, Karlsruhe. 21. Otof - Lebensmittelwerke, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Karlsruhe. 22. Darlehens- u. Wirtschaftskasse „Dawid“ Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Karlsruhe. 23. Badische Chablos-Fabrik, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Karlsruhe. 24. Allgemeine Film- und Kine-matographen - Gesellschaft (Eldorado), mit beschränkter Haftung, Karlsruhe. 25. Rheinische Eisenbe-ton-Industrie, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Karlsruhe. 26. Beamten-Varenverorgungs, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Karlsruhe. 27. Rheinische Holzwaren-industrie und Holzroh-handel, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Karlsruhe. 28. Breuer & Cie., Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Karlsruhe. 29. Dietrich & Co., Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Karlsruhe. 30. Handels-gesellschaft für Bau und Industrie mit beschränkter Haftung, Karlsruhe. 31. Chemisch - technisches Handelskontor, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Karlsruhe. 32. Siedentische Beamten - Selbsthilfe G. m. b. H., Karlsruhe. 33. Zigarettenfabrik „Dre-ka“, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Karlsruhe. 34. Karlsruher Lebensmittelhandels-gesellschaft mit beschränkter

